

# Volkstimme

Einzelpreis 1.00 M.

Sozialdemokratische Zeitung für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Karl Paris, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummern: Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 116.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschließlich Zustellung 60.00 Mark, monatlich 20.00 Mark. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 57.00 Mark, monatlich 19.00 Mark. Bei den Postanstalten vierteljährlich 60.00 Mark, monatlich 20.00 Mark. — Anzeigengebühren: die gespaltene Doppelseite 4.50 Mark, auswärts 6.00 Mark, im Restamtzeitung 17.00 Mark, auswärts 23.00 Mark. Berechnung der Zeile 4.00 Mark. Anzeigenrabatt gibt verloren, wenn nicht binnen 20 Tagen Zahlung erfolgt. Postkontonto: Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 124.

Magdeburg, Dienstag den 30. Mai 1922.

33. Jahrgang.

## Sinter den bayerischen Kulissen.

In München spielen sich in diesen Tagen Vorgänge ab, die ein helles Licht auf die Periode werfen, da der ehemalige Ministerpräsident Kahr in seiner stiernackigen Weise die Reichspolitik in das Joch hinterwäldlerischer Eigenbrötelei zwingen wollte. Aus der zwischen dem Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei, Abgeordneten Geld (Zentrumsnachfolge), und dem ehemaligen Ministerpräsidenten entstandenen öffentlichen Streit über die Krise im September des Vorjahres, die der Regierung Lerchenfeld das Leben schenkte, geht klar hervor, daß Kahr der Gefangene der deutsch-nationalen Clique in München war, deren Ziele er durch seine Halsstarrigkeit und seinen Eigensinn zu erkämpfen hoffte. Der Leser wird am besten Einblick in die Dinge erlangen, wenn wir das Wesentliche des Streites kurz zusammenfassen:

Es handelte sich im September 1921 um die vom Reich verlangte Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes, worin Kahr die Vernichtung der bayerischen Selbständigkeit erblickte und wodurch er „Ruhe und Ordnung“, dieses A und O des engstirnigen Bürokraten, aufs schwerste gefährdet sah. Die Mehrheit der maßgebenden Bayerischen Volkspartei, die Abg. Geld hinter sich hat, wollte jedoch auf dem Wege der Verhandlungen mit Berlin zu einem Kompromiß gelangen, wozu die kleinen Koalitionsparteien, Demokraten und Bauernbündler, ebenfalls drängten. Die Deutsch-nationale Mittelpartei — sie gehörte damals noch der Koalition an — wollte jedoch die Gelegenheit benutzen, Kahr für ihre Zwecke einzuspannen, um der Reichsregierung von Bayern aus unüberwindliche Schwierigkeiten zu bereiten. Warum diese von dem Begünstigter bayerischer Maßschieber, dem damaligen Justizminister Roth geleitete und von halb und ganz rechtskonservativen Wahlenhelden und Säbelrutschern unterstützte Aktion mißglückte, das offenbart jetzt der Streit Geld-Kahr deutlich genug.

Veranlaßt wurde der Streit durch die ununterbrochenen Angriffe der Deutschnationalen auf den Abg. Geld, dem sie vorwarfen, er und seine Partei hätten ihren Herrn und Meister im September 1921 schamlos verleugnet. Diese beständigen Angriffe parierte der Führer der Bayerischen Volkspartei vor einigen Tagen in einer vor Parteifreunden und Funktionären in Rosenheim gehaltenen Rede. Darin sagte er: Kahr ist nicht gestürzt worden, er hat sich selbst gestürzt, oder seine Freunde haben es getan. Geld weilt auf dem Katholikentag in Frankfurt a. M., als er die Ermordung Erzbergers erfährt. Er war innerlich empört über die wüsten Beschimpfungen und Beleidigungen, die dem Ermordeten von seiten sogenannter Gebildeten zuteil wurden. Es kamen dann die bekannten Erklärungen des Reichskanzlers und des Reichspräsidenten. Das bayerische Ministerium des Äußeren forderte Geld auf, sofort nach München zu kommen. Als er dort ankam und nach Kahr fragte, hieß es: er ist nach Berchtesgaden gefahren. Auf die Frage Gelds, was er nun tun solle, erfuhr er, es handle sich um die Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes und Kahr habe hinterlassen, „Geld werde schon wissen, was er zu tun habe“. Kahr weigerte sich, nach München zurückzukehren, weshalb Geld die Koalition zusammenrief. Unter Zustimmung sämtlicher Minister wurde beschlossen, in Verhandlungen mit Berlin einzutreten! Es wurde eine Deputation deswegen nach Berlin abgeordnet, später auch Abg. Geld, dem die Deutschnationalen den Abg. Silber als „Hörposten“ beizugaben, wie dieser Herr später selbst bekannte. Kahr war mit dem, was die Abordnung in Berlin erreicht hatte, völlig befriedigt, und es wurde ein Schreiben an die Reichsregierung aufgesetzt, worin gesagt war, man werde der Aufhebung des Ausnahmezustandes „näher treten“.

Bezeichnend für den wackligen Unterbau der gegen das Reich betriebenen bayerischen Politik bleibt es, daß die Kahr-Krise und ihr Ausgang von der Auslegung des Wortes „näher treten“ abhing. Anfänglich erklärte Kahr sich sehr erfreut über den Ausbruch, weil er ermöglichte, „den Ball zwischen hier (München) und Berlin zu schieben“. Im Ministerrat waren alle Minister bis auf Roth mit dem „näher treten“ einverstanden. Am andern Morgen aber erklärte Kahr: ich habe mich mit meinen Freunden beraten und muß von der Abmachung zurücktreten. Er verlangte dem „näher treten“ anzufügen, „sobald es die Verhältnisse gestatten“. Die Koalition ging auf diesen echt jesuitischen

intellektuellen Vorbehalt nicht ein, Kahr demissionierte, aber die Bayerische Volkspartei beschloß einstimmig, ihn wieder als Ministerpräsidenten zu wählen! Kahr blieb jedoch hartnäckig und wollte eine Wiederwahl nur annehmen, wenn der Landtag seine Auflösung beschließen und Neuwahlen ausgeschrieben würden. So hatte der läppische Vorreiter aller Reichsfeinde den Weg eingeschlagen, auf dem die Deutschnationalen das bayerische Volk als geschlossene Masse hinter sich zu kriegen hofften. Inmitten einer Krise, die den Bestand der Reichseinheit aufs schwerste erschüttern mußte! Und dieses Gewebe von Intrigen und Landesverrat nennt sich „nationale“ Politik!

Nun erscheint Kahr mit einer langen Erklärung auf dem Platze. Hatte ihn Abg. Geld als einen unzuverlässigen, unberechenbaren und eigeninnigen Menschen dargestellt, der in jeder Reichsmaßnahme „eine Beeinträchtigung der staatlichen Selbständigkeit Bayerns“ sieht — die fixe Idee aller bayerischen Nichtpolitiker —, so erscheint jetzt Geld in Kahr'scher Beleuchtung als eine Art von politischem Zwischenhändler, die man in Bayern „Schmüser“ nennt. Kahr veröffentlicht den ihm von Geld diktierten Originaltext eines Telephonats nach München, dessen Wortlaut geeignet ist, die beiden Duzfreunde als gleiche Brüder mit verschiedenen Klappen erscheinen zu lassen. Heißt es doch darin: Geld sei der Meinung, „daß der Landtag sich selbst auflösen und Neuwahlen mit der Parole ausgeschrieben müsse, ob das Volk die Verantwortung für die Erfüllung der Reichskanzlerforderung auf sich nehme“. Nach Geld war die Ablehnung dieser Kahr-Forderung das eigentliche Motiv des Verschwindens des „Stiernackigen“ von der politischen Bühne, nach dem Diktat aber hat Geld selbst seine Zustimmung in dem nach München gerichteten Telephonat formuliert!

Wo ist die Wahrheit? Wahrscheinlich ein Tropfen auf jeder Seite, inmitten eines Stromes von Intrigen, Lügen und dialektischen Lachenspielerien, die unter der Kahr-Regierung und der Herrschaft der Bayerischen Volkspartei zum Hauptbestandteil dessen wurden, was man in München „Politik“ nennt. Der Wahrheitsfreund kommt als dritter bei der großen Wätsche der Dioskuren Kahr und Geld jedenfalls zu seinem Recht und unter dem politisch stumpfen Gausen der Koalitionswähler mag einem oder dem andern dabei ein Licht aufgehen über ihre eigne Dummheit, derzufolge die Macher der bayerischen Politik sich Praktiken bedienen dürfen, die noch tief unter denen der alten Diplomatie stehen. —

### Einigung im Reichsministerium.

Auch am Sonntag ist in Berlin gearbeitet worden. Sogar parlamentarisch. Der Auswärtige Ausschuß hat von vormittags 10 Uhr an den Bericht des Außenministers Rathenau über Genua entgegengenommen. Dabei erfuhr man, daß das Reichsministerium sich über die Zugeständnisse an die Reparationskommission geeinigt hat. Die Basis, auf der die Einigung erfolgte, heißt förmlich der Pariser Verhandlungen. Regierung und Parteiführer sind sich darüber klar, daß diese Basis neue, vielleicht große Gefahren für die Zukunft in sich birgt. Solange jedoch die Pariser Verhandlungen nicht zu einem gewissen Abschluß gebracht sind, hieße es Zeit vergeuden, über diese Gefahren zu reden. Sie werden sich aus dem kommenden Gange der Verhandlungen über die Reparationsfrage von selbst ergeben.

Nachdem die Einigung im Reichskabinett hergestellt ist, konnte die Antwort an die Reparationskommission erfolgen. Im Laufe des Sonntags ist sie durch Kurier nach Paris überbracht worden, um am Montag durch die Bottschaft der Reparationskommission übergeben zu werden. Die Reichsregierung erklärt sich mit den vorläufigen Abmachungen, die Gernies in Paris über die Steuern getroffen hat, einverstanden. Die sogenannte Katastrophenklausel — der Fall eines weiteren katastrophalen Sinkens der Mark — ist nicht eingefügt worden. Das Kabinett hat darauf verzichtet, weil es annimmt, daß „höhere Gewalt“ aus sich heraus zugunsten des Schuldners wirken wird.

Bevor die Antwort nach Paris übermittelt wurde, beschäftigte sich der Auswärtige Ausschuß mit den Reparationsverhandlungen. Trotz schwerer Bedenken stimmten die

Führer der Koalitionsparteien den vorläufigen Abmachungen zu. Selberich verneinte für die deutsch-nationale Fraktion die Zustimmung, während Crippien als Vertreter der Unabhängigen eine Zusage von bestimmten Zusicherungen der Regierung abhängig machte. Die Unabhängigen wünschen, daß eventuell neu aufzubringende Steuern nicht auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung erhoben werden und daß auch in Zukunft der Achtundentag nicht angetastet wird. Wir halten entsprechende Zusicherungen der Regierung für selbstverständlich, so daß sich zurzeit eine weitere Erörterung der unabhängigen Bedingungen, die auch die unsrigen sind, erübrigt.

Mit der Besprechung der Reparationsangelegenheit im Auswärtigen Ausschuß ist die Angelegenheit für das Parlament vorläufig erledigt. Im Plenum des Reichstags wird eine Erörterung der vorläufigen Abmachungen in Paris und der inzwischen übergebenen Antwort nicht erfolgen. Anzunehmen ist jedoch, daß die Koalitionsparteien jetzt eine äußerst starke Opposition gegen die Regierung treiben werden. Hierfür sprechen neben den Ausführungen der deutsch-nationalen Presse die Warnrufe, die von volksparteilicher Seite veröffentlicht werden und denen Beder (Hessen), der Finanzpolitiker der Volkspartei, und Hugo Stinnes nicht fernstehen. Auch im Auswärtigen Ausschuß hatten Beder wie Stinnes ihre schärfste Mißbilligung über die Pariser Verhandlungen ausgesprochen.

Die reaktionären Parteien sind sehr erhitzt. Im auswärtigen Ausschuß hat Selberich, der deutsch-nationalen Wortführer, dem unabhängigen Breitscheid Ehrfurchung angeboten. Für den Anfang des Geldzins schon eine ganz respektable nationale Leistung. —

### Die gefährdete Brotversorgung.

Die Reichstagsitzung am Sonnabend brachte zwar Abstimmungen über zahlreiche Resolutionen, die zum Etat des Ernährungsministeriums gestellt waren, aber nicht die geringste Entscheidung über die künftige Brotversorgung. Die Anträge der Linksparteien, insbesondere der Antrag unserer Fraktion auf Erhöhung der Getreideumlage auf 4½ Millionen Tonnen, auf Sicherstellung von 5 Millionen Tonnen Kartoffeln durch Lieferungsverträge und schließlich auf Wiedereinführung der Zwangswirtschaft für Zucker fanden bei der Abstimmung im Plenum den entschiedenen Widerstand der bürgerlichen Parteien. Ebenso aber wurde die Resolution der Rechtsparteien und der erste Satz der vom Zentrum vorgeschlagenen Entschiedenheit, die beide eine Getreideumlage in der bisherigen Form ablehnen, zu Fall gebracht. Es verblieb von der Zentrumsentschließung das Ersuchen an die Regierung, Kartoffellieferungsverträge zu begünstigen und den milden Aufkauf und die Spekulation mit diesem Nahrungsmittel zu bekämpfen, und nach Maßnahmen gegen den Zuckertoucher.

Die bürgerlichen Parteien haben also nicht den Mut gefunden, für eine Sicherstellung der Umlage schon jetzt die Voraussetzungen zu schaffen. Man wartet offenbar auf die Regierungsvorlage über die neue Getreidewirtschaft, die eine Umlage für Brotgetreide nach Art und Umfang der vorjährigen vorsehen soll — hoffentlich nicht, um auch diese abzulehnen.

Jedenfalls ist aus den Forderungen der Parteien alles gestrichen worden, was auch nur entfernt einer Sicherstellung der Brotversorgung ähnlich sehen könnte. Zwei Monate vor der neuen Ernte wissen Erzeuger und Verbraucher noch nichts Emögütiges über die Haltung der Parteien zur neuen Wirtschaftsjahresform. Das ist eine bedauerliche Vernachlässigung der Interessen der verbrauchenden Massen, ganz besonders aber für diejenigen bedauerlich, die diesen Parteien ihre Stimme gegeben haben in der Hoffnung, nun auch Hilfe gegen die endlose Steigerung der Brotpreise zu erhalten. —

### Wer verlor zuerst den Siegesglauben?

Einer der politisierenden Kamachentropfengenerale hatte jüngst behauptet: wir hätten den Krieg verloren, weil wir unter der Einwirkung des Umsturzes den Glauben an den Sieg verloren hätten. Von welcher Stelle die Entmutigung wirklich ausgegangen ist, das kann man leicht erkennen, wenn man in den Erinnerungen des Oberleitnants Niemann folgende Schilderung der Ereignisse



Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 29. Mai 1922.

Der Kommunist Adam als Arbeitgeber.

Der Handschuhmacher Friedrich Adam ist uns kein Fremder. Wir hatten schon öfter die nicht besonders angenehme Aufgabe, uns mit diesem politischen Nachwandler zu beschäftigen...

Seitdem das Wachregiment Magdeburg aufgelöst wurde, nennt sich Adam Handschuhfabrikant. In jeder Versammlung in der man zum Schluß die Weltrevolution gebührend hochleben läßt, schwärmt auch Adam begeistert den Gut durch die Luft und brüllt im Brustton der Ueberzeugung: „Nieder mit den Ausbeutern, nieder mit der Republik!“

Das Gewerbegericht Magdeburg, das sich am 28. Mai mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen hatte, hielt allerdings das Mädchen für berechtigt, bei diesem Jammerlohn ohne Kündigung davonlaufen zu können.

Wie hat sich dieser Ueberrevolutionär, der für Trindlerhaat für Löhne schwärmt, wenn er zahlen soll, denn eigentlich entwickelt? Von seiner Kindheit weiß kein Chronist etwas zu berichten.

Die Revolution brachte ihn an die Oberfläche. Aber siehe die Wandlung: Aus dem ehemaligen Streikbrecher war ein radikaler geworden. Er war Angehöriger des Wachregiments.

Aber die Unabhängigen hatten für diesen hervorragenden Kämpfer eine Stellung. Adam etablierte sich in Genthin. Am Bender Nr. 1, als unabhängiger Parteisekretär.

Die Unabhängigen, die man heute noch ihren tüchtigen Mitarbeiter bei der Reichstagswahl 1920 fragt, sehen wehmütig in die Ferne und machen heimlich drei Kreuze.

Die Kommunisten dagegen schätzen sich glücklich, daß sie solchen Weltrevolutionär in ihren Reihen haben. Für seine Fabrik im Haupte Friedrichstraße 22 sucht er jetzt sicher eine bescheidene, unter Tariflohn arbeitende Näherin mit nationaler Gesinnung.

Arbeiterjugendtag in Magdeburg.

Pfingsten werden die Straßen unserer Stadt ein besonderes Gepräge dadurch bekommen, daß junge Menschen, Arbeiterkinder aus dem Bezirk Mittelfelde, in bunter Kleidung Jugend und musizierend einhergehen.

Am ersten Pfingstfeiertag wird das Eintreffen der Gäste bis zum Mittag ausbauen. Vormittags um 10 Uhr ist unterdessen im Stadttheater eine künstlerische Morgenfeier unter Mitwirkung erster Kräfte.

Am zweiten Pfingstfeiertag früh 6 Uhr sammeln sich in den Stadtteilen alle zu einem Massenanstieg nach dem Biederitzer Busch.

Hier sei auch gleich noch eine Bitte an alle Leser angekündigt: Was fehlen zur Unterbringung unserer zahlreichen jungen Freunde von auswärts für die Nacht noch eine höhere Anzahl Quartiere. Helft dazu!

Frauen-Verbandsausflug. In der Sitzung am 28. Mai fand eine Ausflugsüberleitung über die Kaffee- und Pfefferplantagen...

Sozialdemokratischer Verein Magdeburg.

Parteifunktionäre. Die Quartieristen für die Pfingsttagung der Arbeiterjugend müssen sofort an das Parteibureau abgeliefert werden.

Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion. Am Dienstag den 30. Mai, abends 6 Uhr, Sitzung, 5 1/2 Uhr Vorstand.

Bezirk Magdeburg Süd. Am Donnerstag den 1. Juni, abends 1/8 Uhr, Funktionärsitzung bei Genth, Kaiserstraße.

Jungsozialisten.

Am Dienstag müssen die Veranstaltungen in den Gruppen wegen der Vorbereitungen zum Bezirks-Jugendtag ausfallen.

Zuberkulose und Krebs. Die durch Not und Teuerung der Kriegs- und Nachkriegszeit bedingte verschlechterte Lebensweise in Gemeinschaft mit unhygienischen Wohnungsverhältnissen begünstigte die furchtbare Entwicklung der Tuberkulose...

Eigenartiges Verhalten eines Richters. Einer „neuen“ Prozeßordnung scheint sich der Amtsgerichtsrat Arndt im Schöffengericht bedienen zu wollen.

Wagengestellung bei der Reichsbahn. Die Gestellung von Wagen aller Gattungen ist schon seit einiger Zeit recht befriedigend. Den Anforderungen konnte im allgemeinen in vollem Umfang entsprochen werden.

Sie Buch über Magdeburg. In der Bücherreihe „Deutsche Stadt - Deutsches Land“, die in dieser Woche zu erscheinen begonnen hat, ist in der jedes Werk eine umfassende Darstellung der geschichtlichen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung einer deutschen Stadt oder einer geschlossenen Landschaft...

Die Holzarbeiter nahmen in einer Nacht beschwerten Verleumdungen der Vertragsverhältnisse am Mittwoch den 27. Mai...

Fluggebühren für Post nach Rußland. Briefe und Pakete nach Rußland, die mit der Flugpost Rönigsberg (Preußen) - Moskau befördert werden sollen...

Probe aller Arbeiter-Jugendbündler zum Jugendtag am Dienstag den 30. Mai, abends 1/8 Uhr, im Frantz-Jugendheim.

Die gewerkschaftliche Erwerbslosenkommission hält täglich von 9 bis 11 Uhr vormittags im Zimmer 70a des Arbeitsamts Sprechstunden ab.

Schlachtfest in der Endenburger Krankenanstalt. Der Arbeiter Karl Häberer von hier war in der Endenburger Krankenanstalt als Wärter beschäftigt...

Schwere Wohnungseindringler. Auf der Anlagebank des Schöffengerichts saßen die Richter Richard Jacowiat und Willi Ellendt, die Arbeiterin Ida Jacowiat und die Ehefrau Elisabeth Ellendt.

Nach ein Opfer der Eibe. Am 24. Mai wurden am linken Elbufer gegenüber der Kothornpforte folgende Enablenkinder gefunden...

Leinwand. Die Leiche eines unbekanntes männlichen, nur mit Badehose bekleideten Person wurde am 28. d. M. an der Westergasse gefunden.

Kleinfeuer. Am Montag vormittag kurz nach 8 Uhr entstand in einem Klassenraum des Domgymnasiums, Auguststraße 5, während der Pause Feuer.

Arbeiter-Jugendbund Groß-Magdeburg. Werdegebiet Mittel: Heute Montag 18 Uhr Singen. Am nächsten Sonntag abends 8 Uhr Singen...

Theater, Konzerte, Vorträge etc.

Städtische Theater. Stadttheater, Dienstag (2. Abend): Hamlet. Mittwoch: Theaterkonzert...

Magdeburger Arbeiter-Theater. Saisonverkauf. Infolge des großen Erfolges, welchen der lustige Schwanz...

Möblierte Zimmer für Ausstellungsbesucher. Rad sofort anzumachen bei dem Wohnungs-bureau der Ausstellung.

Erntedankfest. Die im vorigen Jahre ist auch in diesem Jahre Ende Mai eine Erntedankfest der jedwähig bebauten Flächen vorzunehmen.

Mitteilungen aus der Buchhandlung Volksstimme. (Bestellungen nehmen alle Zeitungsauftraggeber entgegen.)







Wortgetreibeumlage von 4 1/2 Millionen Tonnen zu erheben, wurde mit 191 gegen 187 Stimmen abgelehnt. Ein Antrag Hergt (dt.-natl.), der Ablehnung jeder Getreibeumlage fordert, wurde mit 190 Stimmen gegen 186 Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt. Die Ausschussentscheidung, die die rechtzeitige Sicherstellung einer genügenden Brotverteilung unter Berücksichtigung des Brotpreises für Winderbemittelte fordert, wurde mit 276 gegen 70 Stimmen bei drei Enthaltungen abgelehnt.

Angenommen wurde der Ausschussantrag, der den Abschluß von Kartoffellieferungsverträgen fordert und der sich gegen Auktionen im Ausland wendet.

Angenommen werden die Ausschussanträge auf Jahresspreiserhöhung für Schüler und Lehrlinge sowie eine Entschädigung, wonach Kinder bis zum 6. Jahre Preisfreiheit und bis zum 14. Jahre Ermäßigungen der Fahrpreise um die Hälfte erhalten sollen.

Es folgt dann die dritte Beratung des Staatsgesetzes, wobei Abg. Nothen (Komm.) in längerer Rede die ablehnende Haltung seiner Partei begründet. Der jetzige Staat sei ein Klassenstaat, dem kein Pfennig und kein Mann bewilligt werden, dem aber die Arbeiterklasse rücksichtslos kämpfe an.

In der Gesamtsitzung wird der Reichshaushalt für 1922 gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

## Unfallrenten.

Der Reichstagsausschuß für Sozialpolitik besprach am Sonnabend den Gesetzentwurf über die Erhöhung der Zulagen der Unfallversicherung. Nach dem Entwurf würden vom 1. Juli d. J. ab die Bezüge eines Verletzten, der seine Erwerbsfähigkeit durch den Unfall völlig verloren hat insgesamt 12000 Mark, die Bezüge einer rentenberechtigten Witwe insgesamt 3600 Mark betragen.

Für die Zulagen solcher Berechtigten, deren Rente nach dem durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst eines Landwirtschaflichen Arbeiters festgesetzt ist, ließe sich nach Ansicht der Reichsregierung eine Erhöhung nicht rechtfertigen. Auf diesem Gebiete seien teilweise die Lohnsätze so gering, daß die Bezüge aus der Unfallversicherung die tatsächlich gewährten Löhne übersteigen würden. Ein Verlehter erhalte bei völligem Verlust der Erwerbsfähigkeit an Rente und Zulage zusammen 2/3 von 8100 gleich 5400 Mark. Die Witwe der über 21 Jahre alten männlichen Arbeiter seien aber in Süddeutschland vielfach geringer als 5400 Mark. Für weibliche Arbeiter über 21 Jahre bewegen sie sich auch in Norddeutschland meist unter dieser Summe. Selbst unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die seit Anfang des Jahres 1922 eingetretene Teuerung ihren Ausdruck in einer Erhöhung der durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste finden werde, sei eine Heraushebung des Jahresarbeitsverdienstes für die Zulagen nicht zu vertreten, wenn anders die Höhe der Zulagen in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung zu der Höhe der wirklich gezahlten Löhne in annähernd dem gleichen Verhältnis stehen solle wie in der gewerblichen Unfallversicherung.

Nach längerer Debatte wurde beschlossen, daß die Zulage zu einer Verlehtenrente schon dann gewährt wird, wenn die Rente 33 1/3 oder mehr Prozent der Volkrente beträgt.

Einstimmig angenommen wurde ferner ein Antrag, wonach der Reichsarbeitsminister mit Zustimmung des Reichsrats und eines Ausschusses des Reichstags von 23 Mitgliedern, die im Artikel 1 Ziffer 2 festzusetzenden Geldbeträge anderweitig festsetzen kann.

Es folgte die Beratung eines Gesetzentwurfs über teilweise Umgestaltung der Angestelltenversicherung. Angenommen wurde ein Antrag des Unterausschusses, der die Versicherungsgrenze von 30 000 Mark auf 100 000 Mark heraufsetzt unter entsprechender Milderung der Gehaltsklassen und Beiträge. Ferner soll grundsätzlich das Markenerb- und Erbschaftsteuerrecht in der Sache der Versicherung einfließen. Die nach der Beratung im Plenum des Reichstags, die noch verschiedene Reichstagsleistungen ergeben wird. Die Wichtigkeit der Ansicht der Reichsregierung über die Höhe des Einkommens der Landarbeiter darf sehr angezweifelt werden.

## Jugendfürsorge.

Am Sonnabend beendete der Preussische Landtag die zweite Beratung des Wohlfahrtsrats. In der Hauptsache waren es Frauen, die zu den Fragen der Jugendfürsorge sprachen. Wenn sich am Sonnabend die Frauen vom Zentrum und von der Deutschnationalen Partei für die erweiterte Hinzuziehung der Frauen zur Fürsorgeerziehung einsetzten, so denkt man unwillkürlich daran, daß die „höheren Töchter“, dann den Beruf der Pflegerin wählen und im Lande vielfach den geprüften Frauen vorgezogen werden, die aus dem Arbeiterstande gekommen sind.

Der Regierungsbereiter antwortete auf die schweren Beschuldigungen der Unabhängigen Frau Christmann, die Mißstände der Fürsorgeerziehung behandelte. Er stellte in Aussicht, daß die Regierung die Prüferleistungen bekämpfen werde, soweit es die Durchführung der Disziplin erlaube. Ueberrufe von Beamten sollen bestraft werden.

Die Genossin Bollmann forderte von allen Bezirksregierungen Einrichtung von Dezeraten für Bezirks-Jugendfürsorge, und zwar sollen aus den Kreisen die Beamtinnen genommen werden, für die eine Fürsorge tätig sein muß.

Von sozialdemokratischer Seite wurde ferner die Errichtung einer Hebammen-Schraffelt in Ostpreußen, der Ausbau der Wohlfahrts-Pflegeeinheiten und ein Einwirken der preussischen Regierung auf die Reichsregierung gefordert, um einen höheren Betrag für die soziale Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenen-Fürsorge im Etat des Reichsarbeitsministeriums zur Verfügung zu stellen. — Nächste Sitzung 13. Juni, 2 Uhr. — Schluß 3 1/4 Uhr.

## Aus der kommunistischen Paroleküche.

Im „Vorwärts“ lesen wir: Immer wieder versuchen die Kommunisten in den Betrieben Stimmung zu machen und Massen auf die Beine zu bringen für die Parole „Einheitsfront“ und „Weltarbeiterkongress“. Mit welchen Mitteln man dabei vorgeht, möge folgender Vorfall erläutern, der uns von einem sozialdemokratischen Betriebsrat sehr anschaulich geschildert wird:

Erschienen da 10 Mann im Arbeiterratszimmer, um den Betriebsrat zu sprechen. Der Vorsitzende richtet die Frage an sie:

## Ein gern gelesener Gast

im Hause des Arbeiters ist seine Zeitung. Jetzt zum Monatswechsel heräume niemand, sich den weiteren Bezug seines Blattes zu sichern. Auch bei Arbeitskollegen, Freunden und Hausgenossen werde man für seine Zeitung!

## Die „Volksstimme“

ist der wahre Freund des Arbeiters, nur sie vertritt seine Interessen. Deshalb sorge jeder Leser der „Volksstimme“ für weiteste Verbreitung seiner Zeitung. Er nützt sich und der Allgemeinheit dadurch.

„Was wollt ihr?“ Zunächst Schweigen. Auf erneutes Befragen ergriff endlich einer das Wort und sagt: „Wir verlangen, daß der Betriebsrat Maßnahmen ergreift, um die Einheitsfront herzustellen, die politischen Gefangenen zu befreien und den Weltarbeiterkongress herbeizuführen.“ Der Vorsitzende antwortet: „Ja, Kollegen, damit laun ich nichts anfangen, wie wollen wir dies bewerkstelligen?“ Wiederum Schweigen. Der Vorsitzende dringt weiter auf sie ein. Darauf ergriff ein Betriebsratsmitglied der K. P. D. das Wort und erklärt, die Kollegen seien von ihren Mitarbeiterkollegen befreit worden, den Betriebsrat zu beauftragen, eine Kommission zu berufen in Berlin tagenden Neuere Kommission der Exekutiven zu senden und folgende Forderung dort zu unterbreiten:

1. Herstellung der Einheitsfront der politischen Parteien.
2. Befreiung der politischen Gefangenen in Deutschland.
3. Sofortige Einberufung eines Weltarbeiterkongresses.

Er führte weiter aus, daß in der Kommission alle politischen Parteien und auch Parteiloze vertreten seien. Auf mein Befragen teilte mir ein Mitglied des Betriebsrats des in Frage kommenden Betriebs mit, daß von der K. P. D. niemand in der Kommission sei.

Hierauf ergriff ich das Wort und gab folgende Erklärung ab: Die K. P. D. ist bereit, die Forderungen zu unterstützen unter folgenden Bedingungen:

1. daß die politischen Gefangenen in allen Ländern befreit werden müssen.
2. daß die Herstellung der Einheitsfront auch ehrlich gemeint sein müsse.
3. daß die K. P. D. sich verpflichtet, dafür einzutreten, daß auch die Sozialrevolutionäre Partei und die Partei der Menschewitz in Russland als gleichberechtigte Partei auf dem Weltarbeiterkongress vertreten sein müssen.

Die K. P. D. hüllte sich zunächst in eisiges Schweigen und gab dann die Erklärung ab, daß sie, unannehmlich für sie, keine Partei mehr an der Behandlung dieser Frage im Betriebsrat habe und das Weitere würde ja nachfolgen. Ein Kollege von der U. S. P. D. erklärte, daß es eigenförmlich sei, daß ausgerechnet Parteiloze die Herstellung der Einheitsfront der politischen Parteien fordern und lehnte es ebenfalls ab, auf die Forderungen einzugehen.

Auf meine weiteren Erundigungen in dem betreffenden Betriebe wurde mir erklärt, daß man dort, niemand beauftragt habe, eine derartige Forderung beim Betriebsrat zu stellen.

So kommen also jetzt die berühmten „Stimmen aus den Betrieben“, Kommissionen und Resolutionen zustande! Die K. P. D.-Fraktion hatte mit ihrer Erklärung, die sie in unserem Betriebsrat abgegeben, den Beweis erbracht, daß es ihr tatsächlich nicht um eine ehrliche Herstellung der Einheitsfront zu tun ist, sondern daß sie lediglich glaubt, mit dieser Parole an die Massen heranzukommen, nachdem alle andern Parolen endgültig versagt haben. Es muß nur mal mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß ein solcher Unfug unter keinen Umständen von unsern Parteigenossen in den Betrieben mitgemacht werden darf. Innerhalb der Arbeiterschaft nimmt niemand mehr diese „Parole“ ernst und wenn man im Betriebe darüber spricht, dann lachen selbst die Kommunisten darüber.

## Notizen.

**Lehrungsmaßnahmen für Militärentner.** Der Reichstagsausschuß für Kriegsbeschädigtenpflege beschäftigte sich am Sonnabend mit dem Gesetzentwurf über die Lehrungsmaßnahmen für Militärentner. Ein Antrag, der fordert, daß mit Wirkung vom 1. Juli d. J. an die Rente um 100 Prozent erhöht werde, wird nach Einwendungen der Regierung zurückgezogen. Beschlossen wurden, einen Unteranschuß einzusetzen, der gemeinsam mit der Regierung beraten soll, wie bis zur endgültigen Neuordnung die Rentenangelegenheit behandelt werden soll.

**Annahme des deutsch-polnischen Vertrags.** Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags hat das deutsch-polnische Abkommen gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen mit 14 gegen 6 Stimmen angenommen, ebenso die Abkommen über die Grenzübergänge und über den deutsch-polnischen Postverkehr. Dagegen wurde die Entscheidung über die Regelung des Rechtsverkehrs auf eine spätere Sitzung verlagert. Der Antrag des Berichterstatters, es möge im Plenum eine Rechtsverwahrung abgegeben werden, wie sie Minister Schiffer in Genf abgegeben habe, wurde gleichfalls, diesmal gegen die Stimmen der Unabhängigen, angenommen. — Im polnischen Parlament wurde der Vertrag gleichfalls angenommen.

**Mieterschutzgesetz.** Der dem Reichstag vorliegende Gesetzentwurf über den Mieterschutz wird entgegen anderslautenden Presse-meldungen nicht vor der Sommerpause des Reichstags verabschiedet werden. Der bisherige Mieterschutz wird inzwischen durch eine Novellierung aufrechterhalten.

**Keine Ausnahme für die Versicherungen.** Der Haushaltsausschuß des Reichstags beschäftigte sich am Freitag mit der Hilfsaktion für verschiedene Versicherungsanstalten. Ein Regierungsbereiter berichtete über die Notlage, in die verschiedene Versicherungsanstalten dadurch gelangt sind, daß sie Versicherungsummen, die in ausländischer Wäuta als Prämien eingezahlt wurden, wieder in ausländischer Wäuta zurückzahlen mußten. In der Debatte wurde von allen Rednern auf die schweren Bedenken hingewiesen, die bei dem geplanten Hilfs-wert nicht außer acht gelassen werden dürfen. Wie die in Frage kommenden Versicherungsgesellschaften, so könnten auch andere Unternehmungen und Einzelpersonen, die erhebliche Wäuta-schäden erlitten haben, an das Reich herantreten und Schadener-satz verlangen. Jede Präjudizierung müsse der Reichstag aus-drücklich ablehnen. Genosse Hoch sagte, daß die finanziellen Verhältnisse des Deutschen Reiches es nicht erlaubten, in unab-sehbare Sanierungspläne einzutreten. Er regte an, daß zu einer Sanierungsaktion alle Versicherungen herangezogen werden sollen. Ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt, da den einzelnen Fraktionen erst Gelegenheit gegeben werden soll, zu der Fragestellung zu nehmen.

**„Sexualbiktatur“.** Der Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wird in der Presse lebhaft umstritten. Freunde und Gegner des Gesetzes bekämpfen sich stark. Die Mitglieder des bevölkerungspolitischen Ausschusses er-halten täglich ganze Stöße von Eingaben, die die Ablehnung dieser „Sexualbiktatur“ fordern. Besonders lebhaft äußert sich der Gegenjah zwischen approbierten Ärzten und Naturheil-bündigen. Der Gesetzentwurf will die Naturheilkundigen von der Behandlung Geschlechtskrankter vollständig ausschließen. Da-gegen lauten die Naturheilkundigen und die Naturheilvereine Sturm, und sie müssen, der Zahl der Eingaben nach zu schließen, erheblichen Anhang haben. Der Ausschuß hat beschlossen, auch einige nichtärztliche Naturheilkundige als Sachverständige zu hören.

**Zwangsrente und Lebensversicherungen.** Der Haushaltsausschuß des Reichstags nahm am Sonnabend in der Beratung über die Kreditaktion für einige Lebensversicherungsanstalten den Antrag der Regierung an, wonach in einigen bringenden Fällen gewisse Kreditgarantien übernommen werden. Besont wurde, daß damit kein Präjudiz für die spätere allgemeine Regelung geschaffen werden soll, zu der eine Mit-wirkung des Auslandes erforderlich sein wird.

## Depeschen.

### Einstweilen keinen Marsch ins Ruhrgebiet.

\* Berlin, 29. Mai. Wie die Montagspost aus London meldet, hat zwischen dem britischen Auswärtigen Amt und Poincaré in den letzten Tagen ein lebhafter Meinungsaustrausch stattgefunden. Er soll das Ergebnis gehabt haben, daß Poincaré zugestimmt hat, auf die Ergreifung irgendwelcher neuer Sanktionen gegen Deutschland, wie die Besetzung des Ruhrgebietes, vorläufig zu verzichten, um den Mäiterten der Reparationskommission und dem Ansehenskomitee Zeit zu geben, zu einem Abkommen über das Reparationsproblem zu gelangen. (Die Frist ist, wie wir schon gemeldet haben, bis zum 15. Juni aus-gedeht worden. Was danach geschehen wird, weiß noch niemand. Red.)

### Die heutige Reichstagsitzung.

\* Berlin, 29. Mai. Ueber die heutige Plenarsitzung des Reichstags teilt der „Total-Anzeiger“ mit, daß zunächst Reichskanzler Dr. Brüch und darauf Reichsminister des Innern Dr. Rathenau sprechen werden. Die politische Aussprache wird sich unmittelbar darauf anschließen und voraussichtlich am Dienstagabend beendet sein.

### Der deutsch-russische Vertrag.

\* Berlin, 29. Mai. Wie der „Total-Anzeiger“ mitteilt, wird die Denkschrift, die die endgültige Formulierung des Textes des Vertrags enthält, dem Reichstag erst in einigen Tagen zugehen. Damit entfällt die Erwartung, daß über den Vertrag im Plenum des Reichstags nach der großen politischen Aussprache abgestimmt werden könne. Die Abstimmung dürfte erst nach Pfingsten erfolgen.

### Zwei Männer erschossen.

\* Berlin, 29. Mai. In Wiesenburg in der Mark verlegte bei einem Tanzvergnügen der Waidjäger Lippert, nachdem er mit mehreren Teilnehmern an dem Vergnügen in Streit geraten war, den Zimmermann Kohl und den Schanzwartler Zippler durch mehrere Schüsse aus seinem Dienstrevolver tödlich. Er behauptet, in Notwehr gehandelt zu haben.

### Zugzusammenstoß.

Wb. Köln, 29. Mai. Heute vormittag gegen 8 Uhr fuhren zwei einfahrende und ein ausfahrender Personenzug zusammen. Die einfahrenden Züge waren, soweit bisher festzustellen war, der von Leve kommende und der von M. Gladbach kommende, der ausfahrende der von Köln-Hauptbahnhof nach Frankfurt a. M. bestimmte D-Zug. Tote sollen nicht zu beklagen sein. Die Zahl der Verletzten — man spricht von 20 — ist noch nicht genau festgestellt.

### Wahlen in Ungarn.

Wb. Budapest, 29. Mai. Ung. Telegr.-Bureau. Bis 10 Uhr abends waren 74 Abgeordnete der Regierungspartei und 6 der Opposition gewählt. In 18 Bezirken wird eine Stichwahl vorgenommen werden. Aus 43 Bezirken steht das Ergebnis noch aus.

### Revolution in Mexiko?

Wb. Paris, 29. Mai. Nach einer Meldung der Chicago Tribune aus Washington verlautet dort gerüchtheilweise, daß in Mexiko unter der Führung von Felix Diaz eine neue Revolution ausgebrochen sei. — Der „New York Herald“ berichtet aus Washington, in Tombstone (Arizona) kamen amerikanische Flüchtlinge aus dem mexi-kanischen Staate Sonora an, wo nach ihren Angaben Indianer aus unbekanntem Gründen in Ujftand sein sollen.

**SUNLICHT SEIFE** ist leicht löslich und macht das Waschen mühelos

**SUNLICHT SEIFE** ist trotzdem ausgiebig und sparsam im Gebrauch

**SUNLICHT SEIFE** verleiht der Wäsche den jeder Hausfrau bekannten zarten Duft.

**SUNLICHT SEIFE**

